

ZEITUNG IN DER ZEITUNG

Eine Seite zur Politik vom SPD-Landtagsabgeordneten Heinrich Aller

Ausgabe 49 / Februar 2010



Pro und Contra Landtagsneubau: Heinrich Aller zeigte den TuS-Senioren den Siegerentwurf.

Aller: CDU-Kultusministerin kapituliert vor Nachhilfe-Boom

Zum dritten Mal hat der SPD-Landtagsabgeordnete mit Kolleginnen und Kollegen seiner Fraktion den wachsenden Markt für Nachhilfe zum Thema im Landtag gemacht. Nach enttäuschenden Reaktionen des Kultusministeriums in den Jahren 2004 und 2009 hat der SPD-Politiker jetzt die Ergebnisse einer Studie der Bertelsmann-Stiftung aufgegriffen. Die Bildungsexperten Annemarie und Klaus Klemm haben ihre Studie überschrieben: „Ausgaben für Nachhilfe – teuer und unfairer Ausgleich für fehlende individuelle Förderung“. Ministerin Heister-Neumann lassen die brisanten Zahlen - 1,1 Millionen Kinder mit Nachhilfe; mehr als 1,1 Milliarden Euro Umsatz - kalt.

Wieder will das Niedersächsische Kultusministerium keine Konsequenzen aus der wissenschaftlichen Studie ziehen. Wie in 2004 und 2009 sieht das Kultusministerium keinen Handlungsbedarf. Einen Zusammenhang zwischen dem kontinuierlichen Wachstumsmarkt Nachhilfe und offensichtlichen Defiziten im öffent-

lichen Schulsystem will das Kultusministerium nicht erkennen, obwohl ein Grund für die verstärkte außerschulische und bezahlte Nachhilfe die unterentwickelte individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern sei.

Die Bertelsmann-Studie weist jetzt nach, dass der Nachhilfeboom „teuer und unfair“ ist. Dazu gibt die Kultusministerin keinerlei Stellungnahme ab. Die wörtliche Formulierung in der Antwort der Ministerin: „Der Nachhilfemarkt ist ein privatwirtschaftlicher Sektor, auf den die Landesregierung keinen Einfluss nehmen kann“, klingt deshalb wie eine Kapitulation der zuständigen Ministerin vor den Zuständen in Schule und Unterricht.“, kritisiert Aller.

Die Ignoranz des Kultusministerium verschärft die Ungleichheit von Schulchancen. Immer mehr Familien mit Kindern sehen sich veranlasst, Bildung und Qualifizierung im Schulalltag teuer dazu zu kaufen. ■



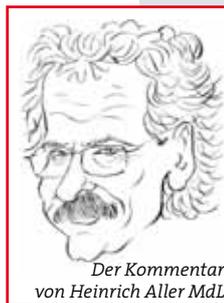
Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

in namentlicher Abstimmung haben die Abgeordneten der CDU und FDP Ministerpräsident Christian Wulff „reingewaschen“. Kein Wort der Kritik am Verhalten des Regierungschefs wegen der Annahme von Sonderkonditionen beim Flug der ganzen Familie nach Florida. Keine Hand für eine Missbilligung des Verhaltens des Ministerpräsidenten aus den Reihen der Regierungskoalition im Landtag. Dabei ist unbestritten, dass die Annahme eines „Upgradings“ (teuer Reisen, billig Fliegen) nach dem Ministergesetz verboten ist.

Keine Einsicht bei CDU und FDP, dass es keine Sonderrechte für den obersten Dienstherrn der Landesbediensteten in Niedersachsen geben darf. Es gilt der Grundsatz: Gleiches Recht für alle. Die härtesten

Kritiker von Gerhard Glogowski aus den Reihen der CDU – die heutigen Minister Möllring, Stratmann, Busemann, Schönemann, McAllister, Althusmann – die seinerzeit als Mitglieder eines Untersuchungsausschusses sogar nach dem Rücktritt des SPD-Politikers schärfste

Fortsetzung auf Seite 2



Der Kommentar
von Heinrich Aller MdL

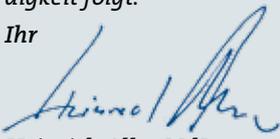
Kontakt: Abgeordnetenbüro im Kurt-Schumacher-Haus | Odeonstraße 15/16 | 30159 Hannover
Telefon: 0511-1674-242 | Fax: 0511-2155837 | E-Mail: info@heinrich-aller.de | www.heinrich-aller.de

Fortsetzung von Seite 1

Verhaltensregeln für Ministerpräsidenten und Minister gefordert hatten, haben sich, der CDU-Fraktion und der Landesregierung einen Bärendienst erwiesen. Wenn Ministerpräsident Wulff schon nicht genau wie jeder Beamte oder Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes beurteilt werden kann, wäre eine politische Missbilligung ein deutliches Zeichen gewesen. Durch ihr Verhalten haben die CDU- und FDP-Abgeordneten das Parlament insgesamt geschwächt.

Kontrolle der Regierung und der Regierungsmitglieder ist nicht nur die Aufgabe der Opposition. Falsches und gravierendes Fehlverhalten muss von allen Abgeordneten und allen Fraktionen nicht nur benannt, sondern auch angemessen sanktioniert werden. Die CDU hat in ihrer Oppositionszeit hohe Hürden aufgebaut. Im Fall Christian Wulff sind CDU und FDP aus Parteiräson unter diesen durchgesprungen. Herr Wulff weiß sicher am besten, dass dem „Upgraden“ beim Urlaubsflug nun ein „Downgraden“ in der politischen Glaubwürdigkeit folgt.

Ihr



Heinrich Aller MdL

Aller fliegt nach Indien: Volles Programm mit Politik und Wirtschaft

In der kommenden Woche fliegt Heinrich Aller mit dem Landtagswirtschaftsausschuss nach Indien - in der nächsten ZidZ folgt ein großer Bericht! ■

Was meinen Sie?



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Luxemburg, Lichtenstein, Schweiz, Steueroasen. - Steuerhinterziehung im großen Stil. Selbstanzeige und alles wird gut?

Was wir in diesen Wochen und Monaten erleben, hat mit Steuergerechtigkeit nichts mehr zu tun. Namen, Daten, Fakten von Steuerhinterziehern werden dem Staat angeboten. Rechtsgelehrte und Politiker zerbrechen sich den Kopf, ob die Finanzbehörden „kaufen“ dürfen oder nicht. Wer soll da eigentlich geschützt werden?

Ist es nicht absurd? Da hinterziehen viele mit Hilfe von Banken Millionenbeträge, die dem Staat rechtmäßig zustehen. Sie schaden der Gesellschaft durch ihre Steuerflucht. Sie verlassen sich auf das Bankgeheimnis und kalkulieren eiskalt das Risiko zwischen Kasse machen und erwischt werden.

Die Selbstanzeige und Strafverfahren im Zusammenhang mit den CD-Angeboten beweisen doch nur eins: Steuerhinterziehung muss sich

wohl doch lohnen. Jedenfalls für die, die ohnehin genug haben.

Wenn der Staat und die Mehrheit der ehrlichen Steuerzahler nicht darauf angewiesen sein wollen, dass ab und an eine CD auf den Markt kommt, muss der Durchsetzung von klarer Steuergerechtigkeit in Niedersachsen Deutschland, Europa und global mehr Nachdruck verliehen werden.

Schluss damit, dass Steuerhinterziehung wie ein „Kavaliersdelikt“ behandelt wird, Schluss damit, dass die Ehrlichen die Dummen und die Steuerhinterzieher die Schlaunen sind! Das gilt für Deutschland und alle anderen Länder.

Die Politik ist gefordert. Der Steuerhinterziehung muss ein Riegel vorgeschoben werden. Schnell und wirksam. Auch mit schärferen Strafen. Sonst, so makaber das klingt, verdienen die Steuerhinterzieher mit ihren „Zinsgewinnen“ während der Staat sich im entsprechenden Umfang verschulden muss.

Wie ist Ihre Meinung zu dem Thema? ■



TuS-Seelze-Senioren besuchen Heinrich Aller im Niedersächsischen Landtag

„Ich freue mich, dass so viele der Einladung in den Landtag gefolgt sind.“, sagte der SPD-Politiker Aller zur Begrüßung und bedankte sich besonders bei Hans Wittek, der den Besuch im Leineschloss vorbereitet hatte. Nach einer Filmvorführung verfolgte die Gruppe die Plenardebatte von der Besuchertribüne aus. Im Anschluss lud Aller zu Kaffee & Diskussion. ■

Aufruf zu Betriebswahlen stellen CDU und FDP vor Zerreißprobe

„Reden und Handeln passen bei der CDU im Landtag nicht zusammen. Nur mit Mühe haben die Koalitionsparteien CDU und FDP in der Landtagsdebatte um einen SPD-Antrag einen Eklat vermeiden können und sich vor einer klaren Positionierung „Pro Betriebswahlen und Mitbestimmung“ gedrückt. Am Ende einer sachlichen Debatte hat die FDP Ministerpräsident Christian Wulff und den CDU-Sprecher Dr. Max Matthiesen ausgebremst.“ So bewertet der SPD Abgeordnete Heinrich aller das Abstimmungsverhalten von CDU und FDP zu einem SPD-Antrag mit dem Titel „Betriebswahlen 2010 – Mitbestimmungsrechte in der Krise nutzen – Demokratie verwirklichen.“ ■